

Gutachten im Auftrag der AfD-Fraktion der Hamburgischen Bürgerschaft zur geplanten Änderung der Präambel der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg

Dr. Karlheinz Weißmann, Göttingen

Die folgenden Ausführungen nehmen Bezug auf die Absicht, die Präambel der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg vom 06. Juni 1952 (Sammlung des bereinigten hamburgischen Landesrechts I 100-a), zuletzt geändert am 26. Juni 2020 (HmbGVBl. S. 379), um folgenden Passus zu ergänzen:

„Es ist die Pflicht aller staatlichen Gewalt, die Erneuerung oder Verbreitung faschistischen Gedankenguts, die Verherrlichung oder Verklärung des nationalsozialistischen Herrschaftssystems sowie antisemitischen und extremistischen Bestrebungen gleich welcher Art oder Motivation entgegenzuwirken und die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Freien und Hansestadt Hamburg zu bewahren.“

Dabei wird die Ergänzungsabsicht von den Antragstellern folgendermaßen begründet: „Mit ihrem Selbstverständnis als weltoffene und liberale Metropole will Hamburg im Geiste des Friedens eine Mittlerin zwischen allen Erdteilen und Völkern der Welt sein. Dazu gehört es, faschistisches Gedankengut und seinen menschenverachtenden Irrlehren ebenso wie allen weiteren antisemitischen und extremistischen Bestrebungen gleich welcher Richtung oder Motivation, entschieden entgegenzutreten. Wegen dieser fundamentalen Bedeutung hat das Bekenntnis zur Nichtverbreitung von nationalsozialistischem Gedankengut und allen weiteren antisemitischen und extremistischen Bestrebungen Verfassungsrang zu erhalten.“

**These 1: Die geplante Änderung des Textes der Präambel ist für den in Aussicht genommenen Zweck schon auf Grund begrifflicher Inkonsistenz ungeeignet.**

Grundsätzlich ist festzustellen, dass weder die Formulierung des ergänzenden Passus noch die dazu gegebene Begründung überzeugend wirken. Die Hauptursache dafür liegt in der begrifflichen Inkonsistenz. Deutlich wird die in erster Linie an der Verwendung des Terminus „Faschismus“. Geht man nach dem Wortlaut, kann es sich entweder um ein Synonym für „Nationalsozialismus“ handeln oder um eine Spielart von „antisemitischen und

extremistischen Bestrebungen gleich welcher Art oder Motivation“. Der Gesamtzusammenhang spricht für die erste Hypothese.

Dabei liegt eine Gleichsetzung von „Faschismus“ und „Nationalsozialismus“ vor, die als sachlich falsch bezeichnet werden muss. Zwar gibt es einige Theoretiker – zuerst Marxisten wie Georg Lukács oder Reinhard Kühnl, die sich angeblich auf eine Klassenanalyse stützen, oder den Historiker Ernst Nolte, der den „Faschismus“ als „transpolitisches Phänomen“<sup>1</sup> gedeutet hat -, die den Nationalsozialismus als Sonderfall des Faschismus behandeln. Sie sind aber regelmäßig außerstande, zwei zentrale Sachverhalte zu erklären: den, dass das faschistische Regime in Italien bis 1938 keinen „totalitären“, sondern nur einen „autoritären“<sup>2</sup> Charakter gewann – so die Feststellung Hannah Arendts – und den, dass zu den Kernmerkmalen des Nationalsozialismus Rassismus und Antisemitismus gehörten, was auf den Faschismus insgesamt nicht zutrifft.

Wird als totalitäres System ein solches verstanden, das diktatorisch verfasst ist, eine offizielle Ideologie vertritt, sich auf eine Massenpartei stützt, eine terroristische Geheimpolizei unterhält, die alle, auch die „potentiellen“<sup>3</sup>, Feinde überwacht oder liquidiert, über das Nachrichten- wie Waffenmonopol verfügt und die Wirtschaft kontrolliert, erscheint eindeutig, dass der Faschismus wesentliche Elemente nur in seiner Spätphase (Nachrichtenmonopol) und weitere nur ansatzweise (Ideologie, Wirtschaft) besaß. Anders liegt der Fall in bezug auf das NS-Regime in Deutschland und den Sowjetkommunismus, die die Merkmale des Totalitarismus in Reinform aufwiesen.

Weiter ist darauf hinzuweisen, dass die „antisemitische Wende“<sup>4</sup> des italienischen Faschismus erst 1938 unter deutschem Druck vollzogen wurde. Bis dahin gehörten Juden als Mitglieder der Faschistischen Nationalpartei (Partito Nazionale Fascista, PNF) an und hatten für die faschistische Bewegung in ihrer Anfangsphase eine erhebliche Bedeutung gehabt. Zu erwähnen ist auch, dass es unter den Zionisten der Zwischenkriegszeit jüdische Sympathisanten Mussolinis und des von ihm geschaffenen Staates gab, den man als Modell für den Aufbau des neuen Israel betrachtete. Aus den genannten und weiteren Gründen (etwa der Aufnahme nord- und schwarzafrikanischer Mitglieder in den PNF sowie faschistische Parteien Frankreichs) ist zu betonen, dass Faschismus nicht *per se* rassistisch

---

<sup>1</sup> Ernst Nolte: Der Faschismus in seiner Epoche, München 1963, S. 515.

<sup>2</sup> Vgl. Hannah Arendt: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, Frankfurt a. M. 1955, S. 416.

<sup>3</sup> Carl Joachim Friedrich: Totalitäre Diktatur, Stuttgart 1957, S. 19.

<sup>4</sup> Thomas Schlemmer und Hans Woller: Der italienische Faschismus und die Juden 1922 bis 1945, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 52 (2005), S. 165 -201, hier S. 200.

ist, während es umgekehrt sehr wohl Strömungen wie Regime – auch westliche, auch liberale, auch demokratische – gegeben hat, die nach heutigen Maßstäben als rassistisch anzusprechen sind (erwähnt seien die Rassengesetze in mehreren Bundesstaaten der USA sowie in Teilen des britischen oder niederländischen Kolonialreichs).

Angesichts der historischen Fakten sollte deutlich geworden sein, dass die im vorgeschlagenen Text intendierte Gleichsetzung von Faschismus und Nationalsozialismus abwegig ist.

**These 2: Der Änderungsvorschlag und die Begründung suggerieren eine besondere Gefährdung des Gemeinwesens durch den „Faschismus“, für die es keinen sachlichen Grund gibt.**

Die Gefahr einer „faschistischen“, also wohl neo-nationalsozialistischen, Einflussnahme im Allgemeinen (und auf das Ehrenamt im Besonderen) ist faktisch nicht gegeben. Geht man davon aus, dass die angesprochenen „faschistischen“ Tendenzen der Kategorie des Rechtsextremismus zuzuordnen sind, ergibt sich nach Auskunft des Bundesamtes für Verfassungsschutz augenblicklich folgende Situation: „Das rechtsextremistische Personenpotenzial ist nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften im Jahr 2020 mit 33.300 Personen gegenüber dem Jahr 2019 mit 32.080 Personen angestiegen.“ Der zahlenmäßige Umfang bleibt aber immer noch hinter dem der Gegenseite zurück: „Das linksextremistische Personenpotenzial ist im Jahr 2020 nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften um rund 2,4 % auf insgesamt 34.300 Personen gestiegen.“ Während für den islamischen Extremismus gilt: „Insgesamt ergibt sich für das Jahr 2020 aus den ausreichend gesicherten Zahlenangaben ein im Vergleich zum Vorjahr um rund 2,5 % gestiegenes Potenzial von 28.715 Personen.“<sup>5</sup>

Diesem Szenario entsprechen auch die vom Hamburger Landesamt für Verfassungsschutz erhobenen Zahlen: 380 beziehungsweise (unter Einbeziehung der Reichsbürger 455) Rechtsextremisten (davon 120 gewaltbereite) stehen 1270 Linksextremisten (davon 940 gewaltbereite) und 1660 islamische Extremisten (davon 1350 gewaltbereite) gegenüber; außerdem werden 800 Auslandsextremisten vermerkt.<sup>6</sup>

---

<sup>5</sup> Alle Daten nach [www.verfassungsschutz.de](http://www.verfassungsschutz.de)

<sup>6</sup> Alle Daten nach Landesamt für Verfassungsschutz Hamburg (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2020, Hamburg 2021, abgerufen über <https://www.hamburg.de/innenbehoerde/publikationen-verfassungsschutz/231572/verfassungsschutzberichte-pdf/>

Hingewiesen sei auch auf die Auskunft der Bundesanwaltschaft, der zu Folge 2021 insgesamt 210 Verfahren gegen islamische Extremisten, zehn gegen Linksextremisten und fünf gegen Rechtsextremisten eingeleitet wurden. Im Vorjahr waren es 372 Ermittlungsverfahren gegen Islamisten, zehn gegen Rechts- und vier gegen Linksextremisten.<sup>7</sup>

Auch wenn zuletzt durch entsprechende Behauptungen von Bundeskanzler Olaf Scholz und Bundesinnenministerin Nancy Faeser ein anderer Eindruck erweckt wurde, kann man festhalten, dass vom Rechtsextremismus faktisch keine besondere Bedrohung des Gemeinwesens ausgeht. Äußerstenfalls ließe sich behaupten, dass die Gefährdung von links und rechts gleichrangig ist. Allerdings wäre auch das nur möglich, wenn man sich dem Vorwurf gezielter Übertreibung aussetzen will; im einen wie im anderen Fall wird nicht einmal ein halbes Promille der erwachsenen Staatsbürger in die Kategorie der „Gefährder“ eingeordnet. Letztlich müsste die Hauptsorge – auch wegen seiner latent antisemitischen Grundhaltung - dem islamischen Extremismus gelten, dessen ganze Bedeutung erst dann in den Blick kommt, wenn man einbezieht, dass er nur auf die muslimische Minderheit der Bevölkerung (zwischen 6,4 bis 6,7 Prozent, also 5,12 bis 5,36 Millionen Einwohner der Bundesrepublik) als Rekrutierungsfeld zurückgreifen kann, von der er immerhin schon 0,5 Prozent erreicht hat.

**These 3: Da die Ergänzung der Hamburger Verfassung um eine Art „antifaschistischer Klausel“ keine sachlichen Gründe hat, sind unsachliche zu befürchten.**

Der geschilderten Faktenlage wird durch die Formulierung des Ergänzungsantrag, es gehe auch allgemein um die Abwehr von „antisemitischen und extremistischen Bestrebungen gleich welcher Art oder Motivation“ keineswegs Genüge getan. Irritierend ist schon die Nichterwähnung von Linksextremismus und islamischem Extremismus. Aber als ausschlaggebend hat man die explizite Erwähnung und die Vorrangstellung des „Faschismus“ zu betrachten.

---

<sup>7</sup> Vgl. Jonas Hermann, Oliver Maksan: Kommt die grösste Gefahr für die deutsche Demokratie wirklich von rechts?, in: *Neue Zürcher Zeitung* vom 31. Dezember 2021, abgerufen unter <https://www.nzz.ch/international/kommt-die-groesste-gefahr-fuer-die-deutsche-demokratie-wirklich-von-rechts-ld.1662568>

Das ist kaum auf Zufall oder Nachlässigkeit zurückzuführen. Vielmehr hat man es mit einem weiteren Akt jenes „Kulturkriegs“ zu tun, dessen bevorzugte Methode die „Besetzung“, das heißt die Aneignung und Umdeutung, von Begriffen ist. Die ersten Schlachten in diesem Konflikt wurden schon in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen geschlagen. Damals gerieten marxistische Theoretiker in die Verlegenheit, den Aufstieg von nichtlinken Massenbewegungen erklären zu müssen. Angesichts ihrer Erwartung, dass der Kapitalismus notwendig in den Sozialismus übergehen werde und diesen Schritt das revolutionäre Proletariat als Träger des Fortschritts vollziehe, war die Entstehung und der Erfolg des italienischen Faschismus, des deutschen Nationalsozialismus und vergleichbarer Parteien schwer zu begreifen. Man reagierte darauf in den 1920er Jahren mit der Behauptung, dass der „Faschismus“ nichts anderes als der Büttel des zum Untergang verdammten Bürgertums sei, eine Art „weiße Garde“, aufgestellt und finanziert zum Zweck der Revolutionsverhinderung.

Ihre kanonische Fassung fand diese Anschauung auf kommunistischer Seite in der Formel, dass es sich im Fall des Faschismus um „die offene terroristische Diktatur der am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“<sup>8</sup> handele. Womit die kommunistische Stoßrichtung allerdings noch nicht vollständig erfasst war, denn gleichzeitig wurde betont, dass „die Betrugstheorien der Sozialdemokratie“ einen Beweis lieferten, „dass die Sozialdemokratie einen (objektiv gemäßigten) Flügel des Faschismus und keinen Gegensatz zu ihm darstellt“<sup>9</sup> und dass dieser „Sozialfaschismus“ als eigentlicher Feind der kommunistischen Weltbewegung zu betrachten sei. Hinzuzufügen wäre noch, dass die Komintern strikte Anweisung erteilte, ausschließlich von „Faschismus“, keinesfalls von „Nationalsozialismus“, zu sprechen, um die eigene Anhängerschaft nicht durch den Hinweis zu irritieren, dass es noch andere als die sowjetische Spielart von „Sozialismus“ gebe.

Schon zu diesem Zeitpunkt war klar, dass die äußerste Linke den Begriff „Faschismus“ so weit wie möglich von konkreten Bezügen zu entfernen suchte, um ihn als Etikett für jeden tatsächlichen oder potenziellen Feind oder Sündenbock zu nutzen. Diese Linie haben Kommunisten in der Folge immer durchgehalten, auch wenn es zeitweise taktische Zugeständnisse an das Konzept der „antifaschistischen Einheits-“ oder „Volksfront“ gab, in

---

<sup>8</sup> Beschluss des XIII. Plenums des Exekutivkomitees der Komintern vom Dezember 1933, zit. nach Ernst Nolte: Artikel „Faschismus“, in: *Geschichtliche Grundbegriffe – Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Bd 2, S. 329-336, hier S. 332.

<sup>9</sup> Zit. nach Siegfried Bahne: „Sozialfaschismus“ in Deutschland. Zur Geschichte eines politischen Begriffs, in: *International Review of Social History* 10 (1965), S. 211-245, hier S. 240, zu Fußnote 1.

die seit Mitte der 1930er Jahre auch Sozialdemokraten, Bürgerliche, Christen und sogar Konservative einbezogen wurden, wenn das dem strategischen Hauptziel diene. Dass es dabei nie um ein echtes Bündnis, sondern um Instrumentalisierung ging, wurde immer dann deutlich, wenn Einzelne oder Gruppen gegen die Leitlinien der Kommunisten opponierten und sich prompt dem Vorwurf ausgesetzt sahen, ihrerseits „Faschisten“ zu sein. In der Logik dieses Konzepts lag selbstverständlich auch, dass während der von Stalin und Mao befohlenen Säuberungen, die das Leben mehrerer Millionen Menschen forderten, die Beschuldigten regelmäßig unter der Anklage standen, „Faschisten“ zu sein, ganz gleich, wie absurd entsprechende Vorwürfe (etwa im Fall von Juden, Altkommunisten oder Flüchtlingen aus dem nationalsozialistischen Deutschland oder dem faschistischen Italien) waren.

Auf Seiten der gemäßigten Linken, insbesondere der Sozialdemokratie, wurde dieses Manöver in der Regel durchschaut. Was dazu führte, dass man nicht nur den kommunistischen Vorschlag einer „antifaschistischen Aktion“ oder der „antifaschistischen Einheit der Arbeiterklasse“ ablehnte, sondern auch einen spezifischen Antitotalitarismus entwickelte, der mit dem Kampf gegen die „Kommu-Nazi“<sup>10</sup> begann und in der Nachkriegszeit von Kurt Schumacher als erstem Vorsitzenden der wiedergegründeten SPD fortgesetzt wurde. Schumacher hatte die Kommunisten schon 1930 als „rotlackierte Doppelausgabe der Nationalsozialisten“ bezeichnet, nach 1945 nannte er sie „rot-lackierte Faschisten“<sup>11</sup>.

Das heißt, dass schon in der Endphase der Weimarer Republik der Keim für das gelegt wurde, was man den „Antitotalitären Konsens“ der Bundesrepublik genannt hat, der von Sozialdemokraten, Liberalen, Christdemokraten und Konservativen gemeinsam getragen wurde: Äquidistanz gegenüber dem Totalitarismus in jedweder Form, dessen ideologische Differenzen nur die Wesensgleichheit „vernebeln“<sup>12</sup>, auf die es ankommt: eine tyrannische Verfassung im Gegensatz zu einer Freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

Dass diese Ausrichtung von Seiten der DDR und ihrer westdeutschen Sympathisanten im Namen des eigenen „Antifaschistisch-demokratischen Aufbaus“ nicht nur in Frage gestellt,

---

<sup>10</sup> Vgl. das Plakat der SPD, das wahrscheinlich zur Reichstagswahl 1932 hergestellt wurde, abgedruckt in Friedrich Arnold (Hrsg.): *Anschläge – Politische Plakate in Deutschland 1900-1980*, Frankfurt a. M., Olten und Wien 1985, S. 109.

<sup>11</sup> Zit. nach Werner Sonne: Kurt Schumacher widersetzte sich Stalins Agenten, in: *Vorwärts* vom 11. Februar 2013; abgerufen unter <https://www.vorwaerts.de/artikel/kurt-schumacher-widersetzte-stalins-agenten>

<sup>12</sup> Uwe Backes und Eckhard Jesse: *Politischer Extremismus in der Bundesrepublik*, Berlin 1993, S. 479.

sondern als Tarnung für die „Restauration“ des „Faschismus“ verunglimpft wurde, hat wegen der Unredlichkeit entsprechender Propaganda in der Bundesrepublik nie breitere Resonanz gefunden. Das änderte sich erst am Ende der 1960er Jahre auf Grund der Wiedezulassung einer kommunistischen Partei – der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) – und des wachsenden Einflusses, den eine philokommunistische „Heimatlose Linke“ nahm.

Als entscheidend erwies sich aber die Art und Weise, in der die „Neue Linke“ von „Faschismus“ sprach. Die auf dieser Seite betriebene Zerdehnung des Begriffs ging noch weiter als die der orthodoxen Marxisten. Schon 1970 gehörte „Faschistisch“ zu den zwanzig Schlüsselbegriffen der Außerparlamentarischen Opposition.<sup>13</sup> Typisch war die permanente Beschimpfung aller möglichen Phänomene oder Personen als „proto-“, „neo-“, „liberal-“ oder „klerikalfaschistisch“, als „angepasst-“ oder „quasi-faschistisch“ oder „faschistoid“. Was nicht bedeutete, dass es an jeder theoretischen Bemühung fehlte. Bereits in den Debatten der amerikanischen *New Left* war die Behauptung aufgestellt worden, dass der Kapitalismus notwendig in Faschismus umschlagen müsse, und eine Art Mantra der Achtundsechziger wurde der Satz Max Horkheimers „Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte vom Faschismus schweigen“<sup>14</sup>.

Die Vorstellung, dass die bestehende Ordnung notwendig „autoritäre Charaktere“ produziere und nur eine dürftige demokratische Fassade die faschistische Realität verberge, war für die Anhänger der Neuen Linken Allgemeingut, während aus der Überzeugung, man müsse „den latenten Faschismus der Gesellschaft provozieren, ans Licht bringen, zur Entlarvung seiner selbst zwingen“<sup>15</sup>, nur eine militante Minderheit ihre terroristischen Folgerungen zog. Die durfte allerdings auf das mehr oder weniger offene Einverständnis der Mehrheit der Bewegung rechnen, die sich im Normalfall damit begnügte, einzelne Politiker oder Parteien – insbesondere CDU, CSU und FDP – sowie die Institutionen der Bundesrepublik als offen oder verkappt „faschistisch“ zu denunzieren.

---

<sup>13</sup> Vgl. Siegfried Jäger: Linke Wörter. Einige Bemerkungen zur Sprache der APO, in: *Muttersprache* 80 (1970), S. 85-107.

<sup>14</sup> Max Horkheimer: Die Juden und Europa [1939 / 40], in ders.: *Gesammelte Werke*, Bd 4, Frankfurt am Main 1988, S. 308 f. Anzumerken ist, dass H. diese Auffassung nach dem Zweiten Weltkrieg keineswegs aufrechterhalten hat.

<sup>15</sup> So die Forderung Ulrike Meinhofs, zit. nach Peter Rühmkorf: Die Jahre, die ihr kennt [1972], Reinbek bei Hamburg 1986, S. 228.

Die erstaunliche Wirkung dieses Vorgehens erklärte ein zeitgenössischer Beobachter, indem er auf die „systematische Narkotisierung des Logischen durch den roten Code“<sup>16</sup> hinwies, die nicht nur die junge Generation und jeden erfasste, der sich als „kritischer“ Intellektueller betrachtete, sondern auch Einfluss auf weite Bereiche der Sozial- und Geisteswissenschaften gewann. In der Konsequenz wurde ein Faschismus-Begriff etabliert, der, mehr oder weniger wahllos auf alles und jedes angewendet werden konnte, sobald es Mißfallen erregte.

Eine Entwicklung, die sich vorübergehend abzuswächen schien, aber mit dem „Struktursieg“<sup>17</sup> der Achtundsechziger zum Durchbruch kam. Abzulesen war das gegen Ende des alten Jahrhunderts an zwei Prozessen: der Forderung, dass „Links“ und „Rechts“, „Linksextremismus und Rechtsextremismus“ nicht an denselben Maßstäben gemessen werden dürften, weil man sonst einer angeblich unhaltbaren „Hufeisentheorie“<sup>18</sup> Vorschub leiste, und das Verlangen, dass an die Stelle des „antitotalitären Konsens“ ein „antifaschistischer“ zutreten habe. Was den ersten Punkt betrifft, hat er selbstverständlich mit der linken Aversion gegenüber einem Totalitarismus-Begriff zu tun, der auch auf linke Bewegungen angewendet wird. Denn so weit von „Extremismus“ nicht nur in einem polemischen Sinn gesprochen wird, handelt es sich um ein Äquivalent zu „Totalitarismus“, das heißt im Fall „extremistischer“ Gruppierungen und Einzelpersonen um solche, die die Schaffung eines „totalitären“ Staates im oben genannten Sinne anstreben.

Obwohl im Ernst kein Zweifel daran bestehen kann, dass es derartige Bewegungen auf beiden Seiten des Spektrums gibt, für deren verfassungswidrigen Charakter unerheblich ist, ob sie linke oder rechte Weltanschauungen vertreten, kann seit den 1990er Jahren eine allmähliche „Verschiebung des Koordinatensystems“ beobachtet werden, das sich sogar in den Verfassungsschutzberichten niedergeschlagen hat. Schon 1995 urteilte Eckhard Jesse, einer der renommiertesten Extremismusforscher, ausgehend von der wesentlich

---

<sup>16</sup> Heinrich Dietz: Rote Semantik, in Gerd Klaus Kaltenbrunner (Hrsg.): Sprache und Herrschaft. Die umfunktionierten Wörter, *Herderbücherei Initiative*, Bd 5, Freiburg i. Br. 1975, S. 20-43, hier S. 25.

<sup>17</sup> Mathias Döpfner: Sieg der Achtundsechziger, in: *Die Welt* vom 28. August 1998.

<sup>18</sup> Eine „Hufeisentheorie“ im genauen Wortsinn gibt es nicht. Im Grunde handelt es sich nur um eine Auslegung des Gemeinplatzes „Die Extreme berühren einander“, den Léon Bloy schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts ausgemacht hatte; vgl. Léon Bloy: Auslegung der Gemeinplätze [1913], Frankfurt a. M. 1993, S. 316f. Es handelt sich lediglich um die – durchaus begründete – landläufige Folgerung aus der Beobachtung, dass sich Extremisten habituell ähnlich sind. Von links wird der Rekurs auf die „Hufeisentheorie“ lediglich in polemischer Absicht genutzt, um zu verschleiern, dass man entweder die Totalitarismustheorie ablehnt oder – wahrscheinlicher – meint, dass linker und rechter Totalitarismus / Extremismus nicht an denselben Maßstäben gemessen werden dürfen.



umfangreicheren Behandlung und schärferen Beurteilung aller Bewegungen auf dem rechten Flügel, sowie der wesentlich zurückhaltenderen Behandlung und mildereren Beurteilung aller Bewegungen auf dem linken Flügel: „Die Aufnahme von Rechtsextremisten“ in die Verfassungsschutzberichte „bringt in der Regel Beifall bei der medialen Mehrheit, die von Linksextremisten schafft häufig Ärger. Von Äquidistanz gegenüber den beiden Extremen kann in einigen Berichten kaum noch die Rede sein. Der Verfassungsschutz ... will im intellektuellen Milieu salonfähig werden. Tatsächlich bringt er sich durch seine Orientierung an politischen Opportunitäten, die in Opportunismus ausartet, in Mißkredit.“<sup>19</sup>

Parallel zu diesem Verfall überprüfbarer Kriterien zum Zweck der Gefahrenabwehr hat die Vorstellung immer weiter um sich gegriffen, dass Links- und Rechtsextremismus qualitativ verschiedene Größen seien. Hier sei nur auf eine kleine Zahl von Beispielen aus jüngster Zeit hingewiesen: 2019 protestierte die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) gegen eine Wanderausstellung des Hessischen Kultusministeriums zum Thema Linksextremismus, weil sich das Projekt angeblich „an einem höchst strittigen Extremismuskonzept“ orientiere, „das auf eine Gleichsetzung von Links- und Rechtsextremismus hinauslaufe“<sup>20</sup>. In denselben Kontext gehört der Vorstoß des Hamburger Landesverbands der GEW, der fordert, im Schulgesetz ein „Bildungsziel Antifaschismus“<sup>21</sup> zu verankern, das das sogenannte „Neutralitätsgebot“ als Orientierungsprinzip des Unterrichts faktisch erledigen würde. Bezeichnend ist auch, dass im vergangenen Jahr Grüne Jugend und Jungsozialisten verlangten, den Verfassungsschutz aufzulösen, da der sich auch mit Linksextremismus und dem extremistischen Flügel der Klima-Bewegung befasse<sup>22</sup>. Zuletzt sei erwähnt, dass die Bundeszentrale für politische Bildung nur mit Mühe dazu gebracht werden konnte, einen von ihr verantworteten Text zu korrigieren, in dem der Eindruck erweckt wurde, als ob der Linksextremismus auf Grund seiner Weltanschauung, unter Absehung seiner Praxis, ein milderes Urteil als der Rechtsextremismus verdiene: „Im Unterschied zum

---

<sup>19</sup> Eckhard Jesse: Amtstexte als Zeichen politischen Wandels. Die Verfassungsschutzberichte des Bundes und der Länder im Vergleich, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 9. April 1997.

<sup>20</sup> Zit. nach Silke Fokken: Experten verurteilen Material gegen Linksextremismus als „nicht haltbar“, in: *Der Spiegel* vom 14. Februar 2020, abgerufen unter <https://www.spiegel.de/panorama/bildung/experten-verurteilen-material-gegen-linksextremismus-als-nicht-haltbar-a-70150703-3621-4003-8272-f5381a8fd3fe>

<sup>21</sup> Webredaktion: GEW fordert, Antifaschismus als Bildungsziel ins Schulgesetz aufzunehmen, 22. Mai 2019, abgerufen unter <https://www.gew-hamburg.de/themen/bildungspolitik/gew-fordert-antifaschismus-als-bildungsziel-ins-schulgesetz-aufzunehmen>

<sup>22</sup> Vgl. Reinhard Müller: Guter Extremismus?, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 22. Mai 2020.

Rechtsextremismus teilen sozialistische und kommunistische Bewegungen die liberalen Ideen von Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit – interpretieren sie aber auf ihre Weise um.“<sup>23</sup>

Letztlich muss man feststellen, dass der Widerstand gegen die Ersetzung des antitotalitären durch einen antifaschistischen Konsens, wie er zur Identität der alten Bundesrepublik gehört hatte, nach und nach erlischt. Schon 2017 fand der Tweed eines führenden Christdemokraten wie Ruprecht Polenz – „Antifaschismus (abgekürzt Antifa) ist eine moralische und demokratische Grundhaltung. Jeder Demokrat und jede Demokratin ist Antifaschist\*in.“<sup>24</sup> – allgemeine Zustimmung, und 2020 stieß das vorbehaltlose Bekenntnis der SPD-Vorsitzenden Saskia Esken zur „Antifa“ – ohne sich mit irgendwelchen Abgrenzungen aufzuhalten – auf Beifall oder wurde mit Schulterzucken quittiert.<sup>25</sup>

Abgesehen von einigen sarkastischen Kommentaren – „Heute sind wir alle Antifa“<sup>26</sup> –, scheint sich niemand mehr an der Idee zu stören, dass „Antifaschismus“ zum Wertekanon der Republik gehört. Weder nimmt man die historische Belastung des Begriffs zur Kenntnis, noch seine manipulative Verwendung durch Gruppierungen der Linken, noch die Inanspruchnahme von Seiten einer notorisch gewaltbereiten und gewalttätigen „Antifa“.

### **These 5: Letztlich ist die geplante Änderung der Präambel der Hamburger Verfassung Teil eines gezielten „Framings“.**

Die jüngste Konjunktur des Antifaschismus muss man vor allem auf den unerwarteten Erfolg „populistischer“ Bewegungen zurückführen. In großen Teilen der etablierten Parteien und der tonangebenden Intelligenz sieht man darin eine Art Betriebsunfall auf dem Weg in die „inklusive“, „bunte“, „globale“ Gesellschaft und scheut sich zur Bekämpfung dieses Gegners nicht, vom Wiederaufflammen des Faschismus zu sprechen oder doch einen Prozess schleichender „Faschisierung“ der Gesamtgesellschaft zu behaupten. Dass sich die Populisten nicht als Faschisten betrachten, ihr Programm keine Merkmale eines faschistischen aufweist und ihre Methoden keine faschistischen sind, wird dabei bewusst

---

<sup>23</sup> Vgl. NN: Bundeszentrale für politische Bildung: Unabhängigkeit bedroht, in: *die tageszeitung* vom 2. März 2021, abgerufen unter <https://taz.de/Bundeszentrale-fuer-politische-Bildung/!5750736/>

<sup>24</sup> [https://twitter.com/polenz\\_r/status/1268181285362634753](https://twitter.com/polenz_r/status/1268181285362634753) Polenz hat allerdings hinzugefügt, dass nicht jeder Antifaschist ein Demokrat sei und die Gewaltfrage den „Lackmustest“ bilde.

<sup>25</sup> Esken zählt sich zur Antifa – Kritik an mangelnder Differenzierung, in: *Die Welt* vom 2. Juni 2020, abgerufen unter <https://www.welt.de/politik/deutschland/article208750999/Disput-auf-Twitter-Esken-zaehlt-sich-zur-Antifa.html>

<sup>26</sup> Leo Fischer: Heute sind wir alle Antifa!, in: *Jungle World* vom 4. Juni 2020, abgerufen unter <https://jungle.world/artikel/2020/23/heute-sind-wir-alle-antifa>

ausgeblendet. Vielmehr behauptet man von interessierter Seite, es könne durch „die Manipulation der demokratischen Instrumente ... gelingen, ein ganzes Land zum Faschismus zu bekehren, ohne das Wort ‚Faschismus‘ in den Mund zu nehmen ... und der faschistischen Sprache gleichwohl in allen Debatten zu gesellschaftlicher Akzeptanz zu verhelfen, sie für alle Anlässe hoffähig zu machen“<sup>27</sup>.

Jede nüchterne Betrachtung der ideologischen Machtverhältnisse in Deutschland und der westlichen Welt überhaupt zeigt, dass kein Einfluss der „faschistischen“ Seite besteht. Vielmehr dienen die Behauptungen einer „rechten“ Hegemonie über den öffentlichen „Diskurs“ der Ablenkung von denjenigen Gruppierungen und Einzelnen die tatsächlich durch Medien, Schulen, Hochschulen, Kirchen etc. Meinungsmacht ausüben. Es handelt sich faktisch um eine Projektion, die es „Antifaschisten“ jeder Couleur erlaubt, sich eines Opfer-Narrativs zu bedienen und wirkungsvoll die Dramatik der „faschistischen“ Gefahr auszumalen, von der im Ernst keine Rede sein kann. Erhellend wirkt in diesem Zusammenhang die Bemerkung der Sprachwissenschaftlerin Elisabeth Wehling, die das „Framing Manual“ der ARD ausgearbeitet hat, und gar keinen Hehl daraus macht, dass es ihr nicht etwa um Analyse und Aufklärung, sondern darum geht, ihre eigene politische Agenda umzusetzen, zu der die Bekämpfung der „Neo-Faschisten von der AfD“<sup>28</sup> gehört.

#### **These 6: Die Ergänzung der Präambel der Hamburger Verfassung durch ein Bekenntnis zum „Antifaschismus“ ist bestenfalls naiv, schlimmstenfalls gefährlich.**

Wenn die Manipulation des Begriffs „Faschismus“ hier so ausführlich nachgezeichnet wurde, dann, weil nicht auszuschließen ist, dass einige unter denen, die die Ergänzung des Verfassungstextes mittragen, unbedacht gehandelt haben; zumindest sei das den Vertretern der CDU und dem einen oder anderen Sozialdemokraten zugebilligt, der sich der Tradition seiner Partei noch nicht vollständig entfremdet hat. Ihnen sei deshalb ins Gedächtnis gerufen, wie gut sich der Faschismusvorwurf in der Vergangenheit geeignet hat, um Christdemokraten, Liberale und Sozialdemokraten unter Verdacht zu stellen.

---

<sup>27</sup> Michela Murgia: Faschist werden. Eine Anleitung, Berlin 2021, S. 7f. Titel und Inhalt des Buches arbeiten mit ironischer Verfremdung, die Verfasserin unterstützt politisch das Parteienbündnis La Sinistra, dem auch die neokommunistische Rifondazione Comunista angehört.

<sup>28</sup> „Wir gehen Trump immer noch auf den Leim“, Interview mit Elisabeth Wehling in der Ausgabe der Zeitung *Tagesspiegel* vom 3. Februar 2017, abgerufen unter <https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/medien/sprachforscherin-elisabeth-wehling-wir-gehen-trump-immer-noch-auf-den-leim/19345710.html>

Gleichzeitig geht es aber darum, die fatalen Folgen begrifflicher Falschmünzerei deutlich zu machen. Bestenfalls hat man es mit dem Ausdruck von Naivität zu tun, schlimmstenfalls liefert man Zynikern oder ideologisch Verblendeten eine Waffe, geeignet, *jeden* als Feind zu markieren und zu treffen.